



Demokratie und Zusammenhalt | 04.2026

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Warum Politiker:innen die vielfältigen Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllen können – und wie sie trotzdem Vertrauen zurückgewinnen

Carlo Greß und Christina-Marie Juen

Was erwarten Bürger:innen von Politiker:innen? Es wird zwar viel über die Rolle und Qualität von Politiker:innen diskutiert – belastbare Erkenntnisse über die konkreten Erwartungen der Bürger:innen sind jedoch bislang rar. Anhand aktueller bevölkerungsrepräsentativer Umfragedaten zeigen wir: Erwartungen sind vielfältig, konkurrierend und teilweise widersprüchlich. Sollen Politiker:innen schnell handeln oder breite Beteiligung ermöglichen? Sollen sie zu Positionen stehen oder Kompromisse schließen? Viele dieser Erwartungen lassen sich nicht gleichzeitig erfüllen – und Bürger:innen sind sich auch untereinander nicht einig darüber, was sie sich von Politiker:innen wünschen. Wir zeigen, welche Erwartungen Bürger:innen an Politiker:innen richten, welche Spannungsfelder daraus entstehen und was das für politische Repräsentation und Vertrauen bedeutet.

Die Erwartungsfalle in der Repräsentationsbeziehung

„Manchmal sitzt man da und denkt sich: Wenn jetzt der Nächste reinkommt und sagt: ‚Meine Waschmaschine ist kaputt, können Sie da mal was machen?‘, würde es mich nicht mehr wundern.“, sagte ein prominenter Bundestagsabgeordneter letztes Jahr im Interview (Heinrich/Greif 2025).

Diese pointierte Bemerkung bringt nicht nur ein verbreitetes Gefühl vieler Abgeordneter auf den Punkt, sie verweist zugleich auf ein grundlegendes Spannungsverhältnis demokratischer Repräsentation. In diesem sollen Politiker:innen die Anliegen der Bürger:innen aufnehmen und politisch bearbeiten, sie können jedoch nicht jede individuelle Erwartung erfüllen. Viele Abgeordnete erleben sich daher auch als allgemeine Problemlöser:innen für sehr unterschiedliche, oftmals individuelle Anliegen. Die Erwartungen der Wähler:innen erscheinen ihnen mitunter so weitreichend, dass sie kaum noch erfüllbar sind. Dieser Eindruck zeigte sich auch in weiteren Interviews mit ehemaligen Abgeordneten (ebd.). Politiker:innen sehen sich heute daher mit einer Erwartungshaltung konfrontiert, die zugleich umfassend, widersprüchlich und oft nur schwer zu bedienen ist.

Diese Erwartungsbeziehung lässt sich an zwei geläufigen politischen Formeln veranschaulichen: „Wir haben verstanden“ und „Politik muss jetzt liefern“¹. Beide Aussagen transportieren die Vorstellung, Politik müsse gesellschaftliche Erwartungen eindeutig erkennen und anschließend wirksam erfüllen. Thomas de Maizière hat diese Haltung einmal als eine Art „Lieferando-Einstellung“ gegenüber dem Staat kritisiert. Der Vergleich ist zugespitzt, verweist aber auf ein reales Problem: Wer Politik primär danach bewertet, ob sie schnell und passgenau liefert, erzeugt Erwartungen, die demokratische Prozesse oft nicht einlösen können.²

Dabei beruht ein großer Teil demokratischer Repräsentation auf einer Annahme, die selten ausdrücklich geprüft wird: dass es für Bürger:innen relevant ist, was Politiker:innen konkret machen, wie sie auftreten, wie sie kommunizieren und welche Formen politischer Arbeit sie sichtbar machen. Politiker:innen sollen zuhören, erklären, entscheiden, erreichbar sein, Interessen vertreten, Probleme lösen, Haltung zeigen und zugleich kompromissfähig bleiben. Viele dieser Erwartungen erscheinen für sich genommen plausibel. Zusammengekommen erzeugen sie jedoch ein anspruchsvolles Rollenbild, das kaum vollständig erfüllbar ist.

Gerade deshalb ist bemerkenswert, dass die Erwartungen von Bürger:innen an Politiker:innen bislang nur begrenzt systematisch untersucht wurden. Zwar prägen hohe Ansprüche an politische Akteur:innen viele öffentliche Debatten, doch offen bleibt, welche dieser Erwartungen Bürger:innen selbst tatsächlich teilen, wie sie diese gewichten und ob sie Zielkonflikte zwischen unterschiedlichen Anforderungen wahrnehmen. Auch die Frage, inwiefern Bürger:innen zwischen verschiedenen Ansprüchen abwägen, ist bislang unklar.

Dieser Beitrag setzt genau hier an. Politiker:innen entwickeln ihre Vorstellungen über Bürgererwartungen häufig aus dem direkten Austausch mit einzelnen Bürger:innen oder aus medialen und öffentlichen Debatten. Solche Eindrücke können nahelegen, dass die Erwartungen an Politiker:innen entweder überhöht oder kaum erfüllbar sind. Ob dies den Erwartungen der Bürger:innen selbst entspricht, ist jedoch eine offene empirische Frage.

Wir fragen daher, was Bürger:innen konkret von Politiker:innen erwarten und analysieren, wo diese Erwartungen miteinander kollidieren. Wir argumentieren, dass nicht einzelne hohe Erwartungen das Problem sind, sondern ihre Gleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit. Gerade diese Widersprüchlichkeit macht es

1 Beispielsweise hatte Bundeskanzler Schröder nach der Europawahl 1999 ‚verstanden‘, genauso wie Guido Westerwelle 2011 nach einigen Landtagswahlen. Nach den Kommunalwahlen 2025 in NRW startete die dortige SPD sogar eine „Wir haben verstanden“-Kampagne. Lieferr wollte in Plenardebatten des Deutschen Bundestags etwa Tabea Rößner (2022) „Wir müssen jetzt liefern, und wir müssen vor allen Dingen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.“, Ralph Brinkhaus (2021) „Wir hätten bei der Rente liefern müssen. ... Aber wir müssen jetzt liefern.“ Oder jüngst Carsten Linnemann (2025) „Nach einem halben Jahr Vakuum haben wir jetzt wieder eine Regierung, und wir werden liefern.“

2 De Maizière beklagt „schlimme Lieferando-Einstellung gegenüber dem Staat“ – WELT. [https://www.welt.de/politik/deutschland/article255044110/De-Maiziere-beklagt-schlimme-Lieferando-Einstellung-gegenueber-dem-Staat.html#:~:text=Der%20ehemalige%20Bundesinnenminister%20Thomas%20de%20Maiziere%20\(CDU\),Staat%20kritisiert%20und%20plädiert%20für%20mehr%20Eigenverantwortung.](https://www.welt.de/politik/deutschland/article255044110/De-Maiziere-beklagt-schlimme-Lieferando-Einstellung-gegenueber-dem-Staat.html#:~:text=Der%20ehemalige%20Bundesinnenminister%20Thomas%20de%20Maiziere%20(CDU),Staat%20kritisiert%20und%20plädiert%20für%20mehr%20Eigenverantwortung.)

Politiker:innen oft unmöglich, die Erwartungen aller Bürger:innen zu berücksichtigen, woraus am Ende Enttäuschungen entstehen können. Diese erschweren effektive politische Repräsentation und belasten politisches Vertrauen.

Rollenerwartungen und politische Praxis

Viele Erwartungen an Politiker:innen beziehen sich auf konkrete politische Inhalte, wie etwa niedrigere Steuern, mehr Klimaschutz, sichere Renten oder strengere Grenzkontrollen. Um die Ergebnisse, und somit das Output politischer Entscheidungsprozesse, geht es in diesem Beitrag jedoch nicht. Im Mittelpunkt steht vielmehr, wie Politiker:innen Politik machen. Es geht darum, wie sie ihre Rolle ausfüllen, wie sie Entscheidungen treffen, wie präsent sie sind und wie sie ihr politisches Handeln erklären.

Solche Erwartungen lassen sich als Rollenerwartungen verstehen. Politische Repräsentation besteht nicht nur darin, bestimmte Interessen oder Präferenzen in politische Entscheidungen zu übersetzen. Sie umfasst auch Vorstellungen darüber, was gute Repräsentant:innen auszeichnet und wie sie sich gegenüber Bürger:innen, innerhalb der Parteien oder in Parlamenten verhalten sollen. Bürger:innen bewerten Politiker:innen daher nicht allein nach den Ergebnissen politischer Entscheidungen, sondern auch danach, wie sie auf dem Weg dorthin ihre Rolle ausfüllen.

Gerade weil Politiker:innen mehrere Rollen gleichzeitig erfüllen müssen, entstehen Spannungen. Sie sind zugleich Mitglieder einer Partei, Teil eines Parlaments, professionelle Entscheidungsträger:innen und oftmals auch Vertreter:innen eines Wahlkreises. Jede dieser Rollen ist mit eigenen Erwartungen verbunden. Diese Erwartungen lassen sich aber nicht immer gleichzeitig umsetzen.

Dies lässt sich anhand einiger Beispiele illustrieren. Wenn im Fernsehen Bilder eines spärlich besetzten

Bundestagsplenums zu sehen sind, folgt oft umgehend Kritik, dass Abgeordnete ihre Aufgaben nicht ernst genug nähmen³. Gleichzeitig wird Politiker:innen regelmäßig vorgeworfen, zu sehr in der „Berliner Blase“ zu leben und zu wenig Kontakt zur Lebensrealität der Bevölkerung zu haben. Bürger:innen erwarten anscheinend also beides: Präsenz im parlamentarischen Betrieb und Nähe vor Ort.

Diese Beispiele zeigen, dass Rollenerwartungen häufig nicht isoliert auftreten, sondern oft in Konkurrenz zueinander stehen. Parlamentarische Präsenz signalisiert Ernsthaftigkeit, Arbeitsbereitschaft und institutionelle Verantwortung. Präsenz im Wahlkreis signalisiert Zugänglichkeit und Nähe. Beide Erwartungen verweisen auf zentrale Dimensionen demokratischer Repräsentation. Das Problem liegt daher nicht darin, dass eine dieser Erwartungen falsch oder überzogen wäre. Problematisch wird vielmehr, dass Bürger:innen möglicherweise beide Erwartungen gleichzeitig stellen, ohne die praktischen Zielkonflikte politischer Arbeit mitzudenken.

Ähnlich herausfordernd sind die Erwartungen an die persönliche Verfügbarkeit von Politiker:innen. Einerseits besteht oft die Vorstellung, ein politisches Mandat sei eine umfassende Berufung, die ständige Einsatzbereitschaft verlange. Wer Familie, Privatleben oder Erholung sichtbar Raum gibt, läuft schnell Gefahr, als nicht hinreichend engagiert wahrgenommen zu werden. Andererseits wünschen sich viele Bürger:innen jedoch Politiker:innen, die nahbar und zugänglich bleiben. Auch hier entsteht ein Spannungsverhältnis, das sich nicht vollständig auflösen lässt.

Ein ähnlicher Zielkonflikt zeigt sich bei politischen Entscheidungen. Politiker:innen sollen Probleme entschlossen angehen, zügig handeln und pragmatische Lösungen liefern. Zugleich sollen Entscheidungen sorgfältig abgewogen, mögliche Nebenfolgen bedacht und möglichst viele betroffene Gruppen einbezogen werden. Beides zugleich ist oft nicht zu haben, denn mehr Beteiligung erhöht in der Regel die Komplexität und verlangsamt Entscheidungen. Reformdebatten wie jene zur Wehrpflicht oder zur Rente machen das aktuell besonders sichtbar.

3 Auf der Website des Bundestags wird sogar extra erklärt, warum manche Sitzungen so leer sind: Deutscher Bundestag - Fragen an die Bundestagspräsidentin: Warum sitzen oft so wenige Abgeordnete im Plenarsaal? https://www.bundestag.de/services/soziale_medien/instagram_praesidentin/fragen-ts-1057484

Aus Sicht der Bürger:innen kann politisches Handeln daher schnell als zu langsam oder zu wenig entschlossen erscheinen. Aus Sicht politischer Entscheidungsträger:innen ist genau diese Langsamkeit oft Ausdruck demokratischer Abwägung.

Das verweist auf einen zentralen Befund dieses Beitrags: Viele Erwartungen, die Bürger:innen an Politiker:innen richten, sind einzeln betrachtet nachvollziehbar, lassen sich aber in der Praxis nicht gleichzeitig erfüllen. Genau darin liegt ein wesentlicher Grund für politische Enttäuschung.

Das Politiker:innenbild in der Bevölkerung: Ungeeignet, unredlich und unfair

Zentral für die Betrachtung der Erwartungen der Bürger:innen ist jedoch zunächst, welches Bild diese eigentlich von Politiker:innen haben. Erwartungen an Politiker:innen entstehen nicht in einem neutralen Raum, sondern sind eingebettet in grundlegende Einschätzungen darüber, ob Politiker:innen als kompetent, redlich und fair wahrgenommen werden. Bevor wir daher genauer betrachten, was Bürger:innen von Politiker:innen erwarten, lohnt ein Blick darauf, wie sie Politiker:innen

derzeit grundsätzlich beurteilen und inwiefern sie ihnen politisches Vertrauen entgegenbringen.

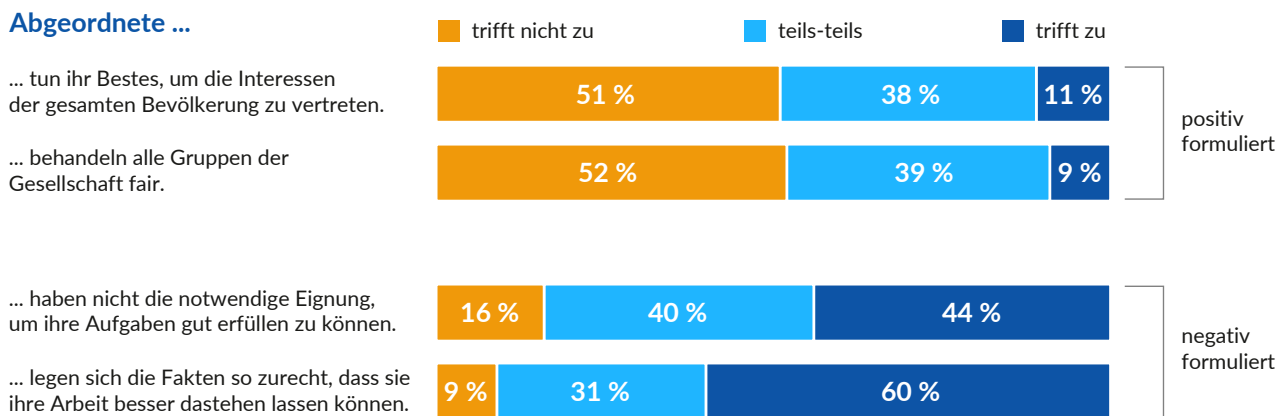
Für die repräsentative Demokratie ist das Vertrauen der Bürger:innen in politische Repräsentant:innen zentral. Es entscheidet mit darüber, ob politische Entscheidungen akzeptiert und als legitim wahrgenommen werden (Devine 2024). Gleichzeitig steht dieses Vertrauen seit Jahren unter Druck. Öffentliche Debatten sind geprägt von Zweifeln an politischen Entscheidungen und von wachsender Skepsis gegenüber politischen Eliten (Dalton, 2004; Hansen und Olsen, 2024).

Die verbreitete Skepsis gegenüber dem Handeln und Auftreten von Politiker:innen spiegelt sich auch in unseren Daten wider. Nur elf Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Politiker:innen des deutschen Bundestags ihr Bestes tun, um die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten. Lediglich neun Prozent glauben, dass sie alle gesellschaftlichen Gruppen fair behandeln. Gleichzeitig sagen 60 Prozent, Abgeordnete würden Fakten so darstellen, dass sie selbst besser dastehen, und 44 Prozent sprechen ihnen die notwendige Eignung für ihre Aufgaben ab.

Diese Zahlen deuten auf ein tiefgreifendes Vertrauensproblem hin. Besonders auffällig ist, dass sich diese Skepsis auf mehrere zentrale Dimensionen politischer

ABBILDUNG 1 **Vertrauen in Abgeordnete**

Skala 1–11: trifft nicht zu (1–4), teils-teils (5–7), trifft zu (8–11). In Prozent.
Bei negativ formulierten Items bedeutet „trifft zu“ ein negatives Politiker:innenbild.



Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung mit n = 2.117 (Dezember 2025).

BertelsmannStiftung

Repräsentation bezieht: auf die wahrgenommene Motivation, auf Fairness gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, auf Redlichkeit im Umgang mit Fakten und auf die grundsätzliche Kompetenz für politische Aufgaben. Dabei ist wichtig, dass enttäushtes Vertrauen nicht nur durch tatsächliches Fehlverhalten oder schlechte politische Entscheidungen entsteht. Enttäuschungen können ebenso aus unerfüllten Erwartungen an das Verhalten von Politiker:innen entstehen. Wenn Politiker:innen jedoch Erwartungen gegenüberstellen, die sich nicht gleichzeitig erfüllen lassen, sind Enttäuschungen nahezu unvermeidlich. Um besser zu verstehen, wo solche Spannungen entstehen, müssen wir daher genauer betrachten, was Bürger:innen von Politiker:innen erwarten.

Was von Politiker:innen erwartet wird: Repräsentieren und Entscheiden

Um genauer zu verstehen, was Bürger:innen erwarten, reicht es nicht aus, einzelne Erwartungen isoliert abzufragen. Wer gefragt wird, ob Politiker:innen bürgernah, entscheidungsstark, kompromissbereit oder transparent sein sollten, wird solchen Anforderungen vermutlich häufig zustimmen. Das sagt jedoch wenig darüber aus, welche Erwartungen Bürger:innen priorisieren, wenn sie miteinander in Spannung geraten. Genau solche Abwägungen sind aber für politische Repräsentation zentral, weil Politiker:innen im politischen Alltag selten nur eine Erwartung erfüllen müssen.

Um die Erwartungen der Bürger:innen systematisch zu erfassen, haben wir die Befragten gebeten, sich jeweils zwischen zwei möglichen Verhaltensweisen von Politiker:innen zu positionieren. Anders als bei einer isolierten Zustimmung zu einzelnen Erwartungen mussten sie dabei abwägen, wo sie sich zwischen zwei gegensätzlichen Polen einordnen. So wird sichtbar, wie Bürger:innen mit grundlegenden Zielkonflikten politischen Handelns umgehen.

Wir unterscheiden dabei zwei zentrale Dimensionen. Erstens geht es um die Frage der Repräsentation, also für *wen* Politiker:innen handeln und *wie* sie ihre Rolle verstehen. Diese Dimension betrifft das Verhältnis zwischen Politiker:innen und denjenigen, die sie vertreten

Methodik

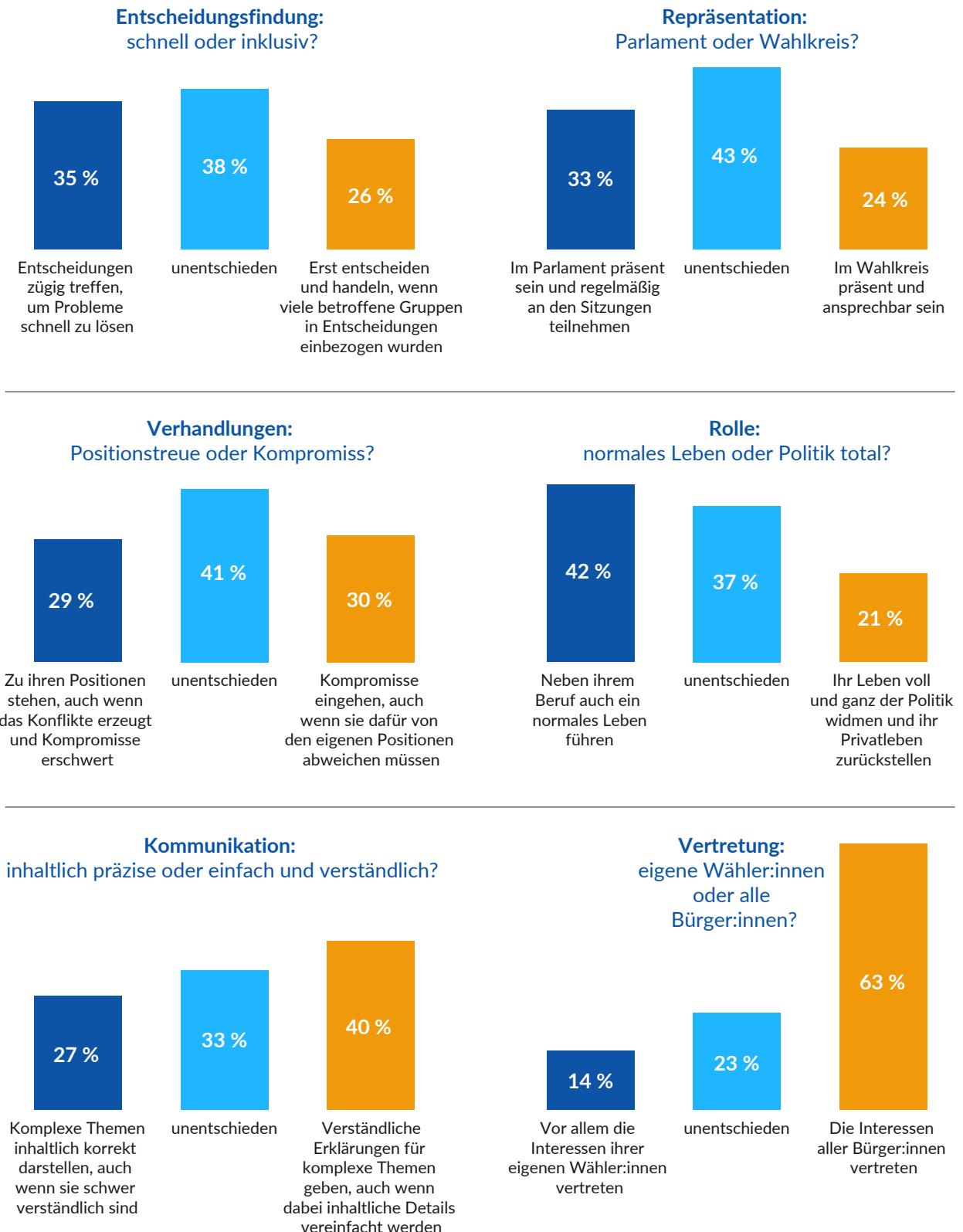
Die zitierten Umfragewerte hat das Umfrageinstitut YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in einer Online-Befragung im Zeitraum vom 09.12.2025 bis 23.12.2025 erhoben. Befragt wurden insgesamt 2.117 Personen. Die Stichprobe wurde anhand der repräsentativen Zielverteilungen für die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre hinsichtlich der Kriterien Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland, Urbanität, politischem Interesse und dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 quotiert.

sollen. Sollen Politiker:innen vor allem ihren Wähler:innen verpflichtet sein oder der gesamten Bevölkerung? Sollen Politiker:innen möglichst viel im Wahlkreis oder doch im Parlament anwesend sein? Diese Fragen sind für demokratische Repräsentation zentral, weil sie zeigen, ob Bürger:innen Repräsentation vor allem als unmittelbare Nähe zu den Vertretenen oder als breitere Verantwortung für die gesamte Gesellschaft im parlamentarischen Prozess verstehen. Zweitens um politische Entscheidungsprozesse, also konkret darum, wie politische Entscheidungen getroffen und kommuniziert werden. Diese Dimension betrifft die Frage, wie Politiker:innen politische Verantwortung ausüben. Sollen sie schnell und entschlossen entscheiden oder möglichst viele Perspektiven einbeziehen? Sollen sie Kompromisse suchen oder klare Positionen durchhalten? Sollen sie komplexe Abwägungen offen erklären oder einfache Orientierung geben? Auch hier geht es um für demokratische Repräsentation bedeutende Erwartungen, die für sich genommen plausibel sind, in der Praxis aber häufig miteinander kollidieren. Beide Dimensionen bilden zentrale Kriterien, anhand derer Bürger:innen politische Akteur:innen bewerten. Für jede Dimension wurden drei Zielkonflikte zu Erwartungen an Politiker:innen erhoben.

Diese Vorgehensweise erlaubt es, Erwartungen nicht nur als Wunschliste an Politiker:innen zu betrachten, sondern als Verhältnis von Prioritäten. Sie zeigt, welche Seite eines Zielkonflikts Bürger:innen stärker betonen und wo keine eindeutige Präferenz besteht. Gerade auch diese Unentschiedenheit ist in diesem Fall aufschlussreich. Sie kann darauf hindeuten, dass

ABBILDUNG 2 Was erwarten Bürger:innen von Politiker:innen?

Die Abbildung basiert auf einer kontinuierlichen Skala von 1 bis 11, auf der sich die Befragten zwischen zwei gegensätzlichen Aussagen einordnen konnten. Für die grafische Darstellung wurden die Werte in drei Gruppen zusammengefasst: Befragte mit Zustimmung zum ersten Statement (1-4), einer mittleren Position (5-7) sowie Zustimmung zum jeweiligen Gegenpol-Statement (8-11). Geringfügige Differenzen zu 100 Prozent resultieren aus der Rundung der Einzelwerte.



Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung mit n = 2.117 (Dezember 2025).

Bürger:innen beide Seiten einer Erwartung für wichtig halten und sie sich deswegen nicht entscheiden können, oder dass sie selbst widersprüchliche Anforderungen an Politiker:innen stellen, weil sie tatsächlich beides zu gleichen Teilen möchten.

Der Begriff „Politiker:innen“ ist in unserer Erhebung bewusst breit gefasst und könnte dabei für die Befragten Verschiedenes meinen. Er kann sowohl ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen als auch Mitglieder der Bundesregierung umfassen. Zugleich ist davon auszugehen, dass viele Befragte damit vor allem Berufspolitiker:innen auf Bundesebene verbinden – insbesondere Bundestagsabgeordnete und Regierungsmitglieder. Wenn wir im Folgenden von Politiker:innen sprechen, beziehen wir uns vor allem auf diese Gruppen.

Die Ergebnisse zeigen, welche Vorstellungen Bürger:innen davon haben, für wen Politiker:innen handeln sollten und wie sie politische Entscheidungen treffen sollten. Sie machen zugleich sichtbar, an welchen Stellen Erwartungen besonders eindeutig sind und wo Bürger:innen selbst zwischen unterschiedlichen Anforderungen schwanken.

Repräsentieren und nahbar sein

Ein zentrales Spannungsfeld politischer Repräsentation betrifft die Frage, wen Politiker:innen in ihrem Handeln und Entscheiden vertreten sollen. Während das Grundgesetz eindeutig festhält, dass Abgeordnete das ganze Volk repräsentieren (Artikel 38), ließe sich aus der Perspektive der Parteien argumentieren, dass sie sich stärker an den Interessen ihrer eigenen Wählerschaft orientieren sollten. In der politischen Praxis ist das auch, was Parteien im Wahlkampf machen. Parteien werben im Wahlkampf um bestimmte Gruppen, mobilisieren ihre Anhänger:innen und betonen jene Interessen, für die sie besonders stehen. Unsere Daten zeigen hier jedoch ein überraschendes Ergebnis: 63 Prozent der Befragten erwarten, dass Politiker:innen die Interessen aller Wähler:innen vertreten und nicht nur die ihrer eigenen Unterstützer:innen.

Der Befund ist bemerkenswert, weil er zeigt, dass Bürger:innen von Politiker:innen offenbar mehr erwarten

als die konsequente Vertretung der eigenen Anhänger:innen: Sie sollen auch jene repräsentieren, die sie nicht gewählt haben.

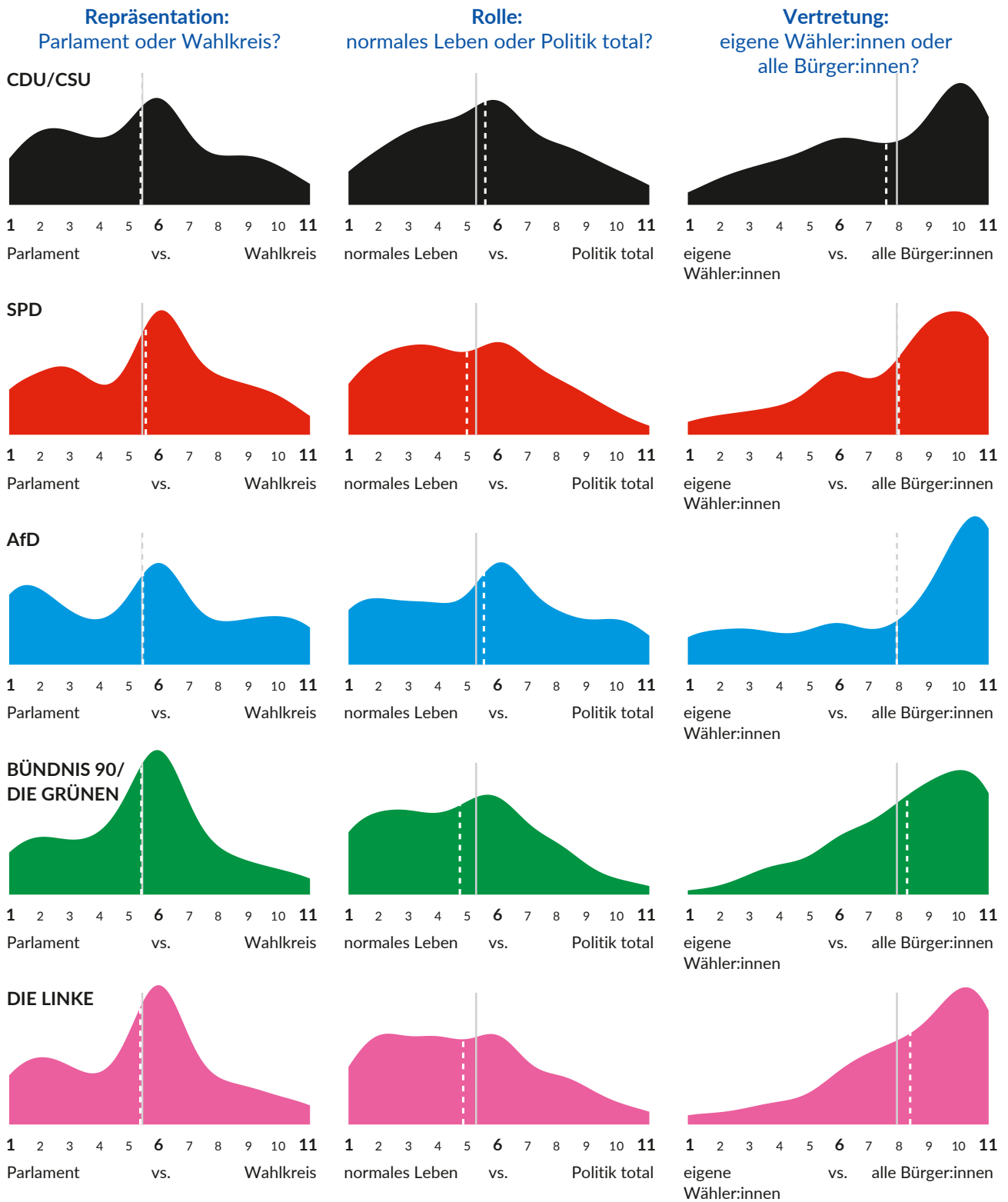
Weniger eindeutig sind die Erwartungen an die Präsenz von Politiker:innen. Soll der Schwerpunkt auf der Arbeit im Parlament liegen oder auf der Präsenz im Wahlkreis? Hier zeigt sich ein klassischer Zielkonflikt, denn Politiker:innen können in vielen Fällen nicht immer hohe Präsenz sowohl im Wahlkreis als auch Parlament zeigen. Eine relative Mehrheit der Befragten von 43 Prozent erwartet beides zugleich und positioniert sich in der Mitte. Diese Befragten wünschen sich also eine Balance zwischen Anwesenheit im Wahlkreis und im Parlament. Im direkten Vergleich der beiden Optionen gibt es eine leichte Tendenz zugunsten parlamentarischer Präsenz (33 Prozent gegenüber 24 Prozent für den Wahlkreis).

Auch bei der Frage nach der persönlichen Verfügbarkeit ergibt sich ein differenziertes Bild. Entgegen der verbreiteten Wahrnehmung erwarten die meisten Bürger:innen nicht, dass Politiker:innen ihr gesamtes Privatleben dem Amt unterordnen. Vielmehr spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass politisches Engagement mit einem „normalen Leben“ vereinbar bleibt. Diese Erwartung steht jedoch im Kontrast zur Erfahrung vieler Abgeordneter, die die Vereinbarkeit von Amt und Privatleben als schwierig beschreiben (Heinrich/Greß 2025). Das liefert einen Hinweis, dass Politiker:innen womöglich bestimmte Ansprüche strenger empfinden, als sie von vielen Bürger:innen tatsächlich erwartet werden.

Entscheidungen treffen und kommunizieren

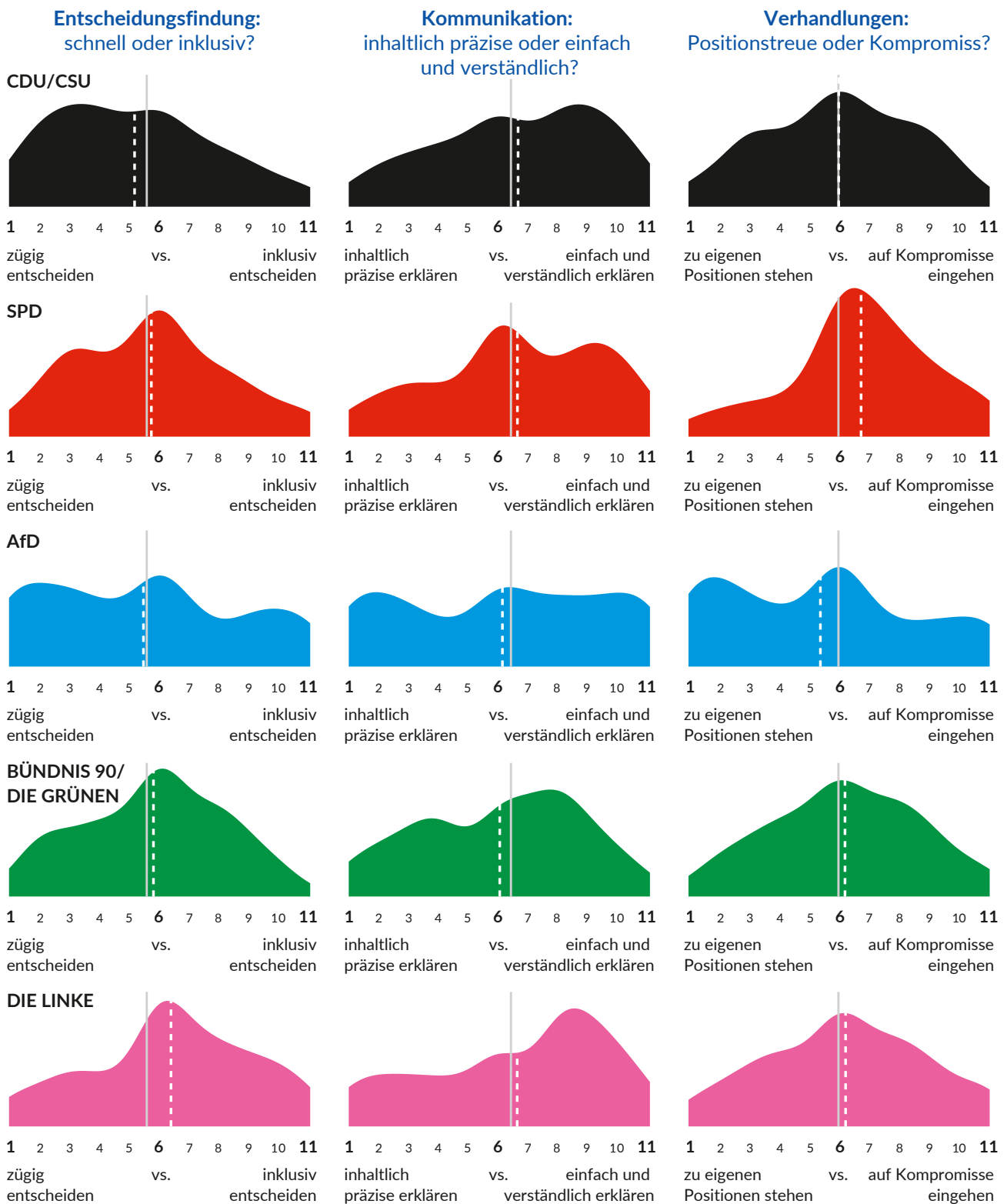
Noch deutlicher treten widersprüchliche Erwartungen bei politischen Entscheidungsprozessen zutage. Ein zentrales Spannungsfeld betrifft die Geschwindigkeit von Entscheidungen. Während 35 Prozent der Befragten schnelle und entschlossene Entscheidungen bevorzugen, plädieren 26 Prozent für stärker inklusive Prozesse. Die größte Gruppe (38 Prozent) positioniert sich jedoch bewusst in der Mitte und erachtet vermutlich beides zugleich als wichtig: zügiges Handeln und breite Inklusion der betroffenen Gruppen.

ABBILDUNG 3 Welche Eigenschaften wünschen sich Bürger:innen von Abgeordneten?



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2025). Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung (n = 2.117). Die Befragten konnten ihre Position auf einer Skala von 1 bis 11 abstimmen. Die durchgezogenen Linien zeigen die durchschnittliche Position aller Befragten mit Wahlabsicht für die abgebildeten Parteien. Die gestrichelten Linien zeigen die durchschnittliche Position der Befragten mit Wahlabsicht für die jeweilige Partei.

ABBILDUNG 4 Welchen Politikstil wünschen sich die Bürger:innen?



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2025). Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung (n = 2.117). Die Befragten konnten ihre Position auf einer Skala von 1 bis 11 abstimmen. Die durchgezogenen Linien zeigen die durchschnittliche Position aller Befragten mit Wahlabsicht für die abgebildeten Parteien. Die gestrichelten Linien zeigen die durchschnittliche Position der Befragten mit Wahlabsicht für die jeweilige Partei.

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Frage nach Kompromissen. Zwar wird die Bedeutung von Kompromissfähigkeit häufig betont, gleichzeitig wird sie von vielen auch kritisch gesehen. In den Daten spiegelt sich diese Ambivalenz deutlich wider: 41 Prozent wählen die Mittelposition. 30 Prozent erwarten von Politiker:innen, die eigene Position zu verteidigen, während 29 Prozent das Eingehen von Kompromissen bevorzugen.

Dieser Befund lässt zwei Deutungen zu. Einerseits kann die starke Mittelposition darauf hindeuten, dass viele Bürger:innen sowohl Offenheit für Kompromissbereitschaft als auch das Durchsetzen eigener Positionen wichtig finden. Andererseits kann sie auch Ausdruck von Unsicherheit sein, weil der Zielkonflikt zwischen Kompromissbereitschaft und Standfestigkeit selbst schwer eindeutig aufzulösen ist. Für die Demokratie ist genau diese Ambivalenz herausfordernd: Kompromisse sind notwendig, um Mehrheiten zu bilden und Entscheidungen zu ermöglichen, können aber zugleich als Prinzipienlosigkeit oder Nachgeben wahrgenommen werden.

Klarer fällt das Bild bei der politischen Kommunikation aus. Eine relative Mehrheit erwartet verständliche Erklärungen auch auf Kosten inhaltlicher Komplexität (40 Prozent), während 27 Prozent eine möglichst präzise, aber weniger zugängliche Darstellung bevorzugen. Hier zeigt sich jedoch, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Erwartungen haben, etwa entlang von Bildungsunterschieden. Das spricht dafür, Verständlichkeit und Differenziertheit nicht gegeneinander auszuspielen, sondern kommunikativ stärker nach Zielgruppen, Formaten und Informationsbedürfnissen zu unterscheiden.

Der Gesamtblick auf die Daten zeigt, dass die Herausforderung für Politiker:innen vermutlich weniger in einzelnen überzogenen Erwartungen liegt als in ihrer Gleichzeitigkeit. Bürger:innen erwarten von Politiker:innen, dass sie schnell und sorgfältig entscheiden, klar Position beziehen und kompromissbereit sind, verständlich kommunizieren und zugleich inhaltlich differenziert bleiben, nicht zu häufig von ihrer Position abweichen sowie sowohl im Parlament als auch vor Ort präsent sind.

Jede dieser Erwartungen ist für sich genommen plausibel und verständlich. In ihrer Kombination entstehen

jedoch Anforderungen, die sich in der politischen Praxis kaum gleichzeitig von individuellen Politiker:innen erfüllen lassen. Genau daraus ergibt sich ein strukturelles Spannungsfeld, das die Repräsentationsbeziehung zwischen Politiker:innen und Bürger:innen dauerhaft unter Druck setzt und Enttäuschungen begünstigt.

Unterschiedliche Erwartungen je nach politischem Lager?

Aus Perspektive vieler Politiker:innen ist es zudem relevant, wie die Erwartungshaltungen ihrer eigenen Wählerschaft aussehen. Wir betrachten daher, inwiefern sich Erwartungen systematisch zwischen politischen Lagern unterscheiden. Sollte es besondere Muster innerhalb bestimmter Wählergruppen geben, so könnten Politiker:innen gezielter auf die Erwartungen dieser Gruppen reagieren. Unsere Daten sprechen jedoch nur eingeschränkt für diese Annahme. Insgesamt zeigen sich über Parteigrenzen hinweg sehr ähnliche Muster. Es wird deutlich, dass sich in allen Wählergruppen vergleichbare Spannungsfelder und widersprüchliche Erwartungen an Politiker:innen finden.

In einzelnen Bereichen lassen sich jedoch Unterschiede erkennen. So tendieren Anhänger:innen von CDU/CSU und AfD etwas stärker zu schnellen Entscheidungen, während Wähler:innen von Grünen, SPD und Linken eher inklusivere Prozesse bevorzugen. Auch bei der Frage nach Kompromissen zeigt sich eine leichte Differenzierung, wie etwa eine stärkere Betonung von Positionstreue und Ablehnung von Kompromissen unter AfD-Anhänger:innen.

Bemerkenswert ist, dass alle Wählergruppen in vergleichbarem Maße die Ansicht teilen, dass Politiker:innen nicht nur die Wähler:innen ihrer eigenen Partei vertreten sollten, sondern die gesamte Bevölkerung. Obwohl sich diese Gruppen in ihren politischen Output-Präferenzen stark voneinander unterscheiden, teilen sie die Auffassung, dass Bevölkerungsinteressen im Repräsentationsprozess gesamtheitlich berücksichtigt werden sollen.

Die Unterschiede in den übrigen Dimensionen bleiben jedoch begrenzt. In den meisten Fragen überwiegen innerhalb der jeweiligen Wählergruppen die mittleren

Positionen, also genau jene Antworten, die entweder widersprüchliche Erwartungen miteinander verbinden oder auf das Fehlen einer klaren Positionierung der Befragten hindeuten. Die Spannungsfelder verlaufen damit weniger zwischen politischen Lagern als quer durch sie hindurch. Dabei ist die innere Heterogenität unter AfD-Wähler:innen am größten: die durchschnittliche Standardabweichung vom Mittelwert liegt hier bei 3,1 Skaleneinheiten und ist damit deutlich größer als die durchschnittliche Streuung von etwa 2,6 Skaleneinheiten bei allen anderen Parteiwähler:innen, die sich nur marginal voneinander unterscheiden (siehe Abb. 3 und 4).

Die zentrale Schlussfolgerung lautet daher, dass widersprüchliche Erwartungen kein spezifisches Merkmal einzelner Wählergruppen, sondern ein breites, gesellschaftliches Muster sind. Politiker:innen stehen der Anforderung, mit unterschiedlichen Erwartungen der Bürger:innen umzugehen, daher in allen politischen Lagern gegenüber.

Damit lässt sich das Problem widersprüchlicher Erwartungen auch nicht einfach durch bessere Zielgruppenansprache einzelner Parteien lösen. Es verweist auf eine grundlegendere Spannung repräsentativer Demokratie: Politiker:innen sollen vielen Erwartungen zugleich gerecht werden, während Bürger:innen selbst in vielen Fällen uneindeutige Maßstäbe daran anlegen, was das bedeutet.

Widersprüchliche Erwartungen erfordern klare Prioritäten und transparente Kommunikation

Die Erwartungen der Wähler:innen an Politiker:innen sind vielfältig, anspruchsvoll und häufig widersprüchlich. Sie sollen schnell entscheiden und zugleich sorgfältig abwägen, klare Positionen vertreten und kompromissbereit sein, verständlich kommunizieren und gleichzeitig inhaltlich differenziert bleiben. Diese Erwartungen lassen sich nicht entlang unterschiedlicher politischer Lager klassifizieren, sondern liegen quer zu den einzelnen Parteiwählergruppen.

Aus diesen widersprüchlichen Erwartungen ergibt sich zwangsläufig eine zentrale Herausforderung für Politiker:innen in politischen Entscheidungsprozessen.

Da demokratische Politik zwangsläufig von Zielkonflikten geprägt ist und dadurch für manche Wähler:innen hinter den Erwartungen zurückbleibt, sind Enttäuschungen unvermeidbar. Deshalb ist es umso wichtiger, dass politische Entscheider:innen erklären, wie politische Entscheidungen zustande kommen und wie diese vermittelt werden.

Die zentrale Konsequenz daraus ist ebenso einfach wie anspruchsvoll: Politiker:innen können nicht alle Erwartungen gleichzeitig erfüllen und sollten es womöglich auch nicht versuchen. Komplexe und individuell widersprüchliche Erwartungen lassen sich in demokratischen Systemen oft erst im Zusammenspiel verschiedener politischer Akteur:innen, Institutionen und Rollen abbilden, etwa wenn unterschiedliche Parteien, Regierungsmitglieder oder Ebenen jeweils verschiedene Funktionen übernehmen und dadurch unterschiedliche Erwartungen in der Bevölkerung arbeitsteilig erfüllen können. Entscheidend ist daher weniger, alle Erwartungen gleichzeitig zu bedienen, sondern transparent und nachvollziehbar mit den unvermeidbaren Zielkonflikten politischer Entscheidungen umzugehen.

Daraus ergeben sich drei zentrale Ansatzpunkte für die politische Praxis:

1. Zielkonflikte sichtbar machen:

Politische Entscheidungen sind fast immer mit Abwägungen verbunden. Diese sollten nicht verborgen, sondern aktiv kommuniziert werden: Warum wurde schnell entschieden oder eher länger konsultiert? Welche Interessen wurden berücksichtigt, welche nicht? Warum war ein Kompromiss notwendig? Die Erwartung, unterschiedliche Interessen einzubeziehen, bedeutet dabei nicht, es allen recht zu machen. Entscheidend ist vielmehr, sichtbar zu machen, dass verschiedene Perspektiven gehört und in Entscheidungen einbezogen wurden – gerade auch dann, wenn am Ende nicht alle zufrieden sind. Ein gewisses Maß an Transparenz über diese Abwägungen erhöht die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und stärkt die Wahrnehmung von fairem, durchdachtem und effizientem Handeln. Eine solche politische Bildungsarbeit stärkt nebenbei auch das Verständnis für grundlegende demokratische Prozesse in der repräsentativen Parteiendemokratie.

2. Kommunikation differenzieren:

Bürger:innen haben unterschiedliche Informationsbedürfnisse. Während einige detaillierte und differenzierte Informationen erwarten, wünschen sich andere vor allem verständliche und zugängliche Erklärungen. Dies mag auch von Situation zu Situation variieren. Entscheidend ist jedoch, die jeweilige Zielgruppe und Situation zu erkennen und flexibel verschiedene Kommunikationsformate zu nutzen, statt auf eine einheitliche Ansprache zu setzen. So wird deutlich, dass auf unterschiedliche Bevölkerungspräferenzen Rücksicht genommen wird und alle Bürger:innen angesprochen werden.

3. Widersprüchliche Erwartungen aushalten, nicht selbst schüren:

Hohe Erwartungen an Politiker:innen sind per se kein Problem, sondern der Ausdruck eines lebendigen demokratischen Anspruchs des Demos. Problematisch wird es erst, wenn der Eindruck entsteht, als könnten Politiker:innen all diesen Erwartungen gleichzeitig gerecht werden. Wenn im Wahlkampf oder in der öffentlichen Kommunikation Erwartungen geweckt werden, die in ihrer Kombination nicht erfüllbar sind, trägt das zur späteren Enttäuschung bei. Widersprüchliche Erwartungen gehören allerdings zum Alltag demokratischer Repräsentation – sie lassen sich nicht auflösen, aber sie lassen sich ehrlich adressieren. Hinzu kommt: Nicht jede:r Politiker:in muss dasselbe Allrounder-Profil verkörpern. Unterschiedliche Rollen und Arbeitsteilungen innerhalb von Parteien und Fraktionen können dazu beitragen, der Vielfalt der Erwartungen kollektiv besser gerecht zu werden, ohne dass Einzelne daran scheitern müssen.

Autor:innen



Carlo Greß

carlo.gress@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 275788 170

Carlo Greß ist Project Manager im Projekt „Demokratie erneuern“ der Bertelsmann Stiftung.



Dr. Christina-Marie Juen

christina-marie.juen@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 275788 196

Christina-Marie Juen ist Senior Expert im Projekt „Demokratie erneuern“ der Bertelsmann Stiftung.

Weiterführende Literatur

Dalton, Russell J. (2004). *Democratic Challenges, Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199268436.001.0001>

Devine, Daniel (2024). „Does political trust matter? A meta-analysis on the consequences of trust“. *Political Behavior* 46 (4). 2241-2262. <https://doi.org/10.1007/s11109-024-09916-y>

Hansen, Michael A., und Jonathan Olsen (2024). „The Alternative for Germany (AfD) as populist issue entrepreneur: Explaining the party and its voters in the 2021 German federal election“. *German Politics* 33 (4). 643-667. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2087871>

Heinrich, Finn, und Carlo Greß (2025). *Arbeitsplatz Bundestag: Reformbedarf im Maschinenraum der Demokratie* (Einwurf 07/2025). https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EINWURF_Arbeitsplatz_Bundestag.pdf.

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Finn Heinrich

Redaktionsassistenz und Anfragen:
nicole.henrichfreise@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81132

Juni 2026 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Demokratie und Zusammenhalt« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, der Diskurs- und Konfliktfähigkeit, des Engagements und Miteinanders, der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren und der Zukunftsgerechtigkeit.